

# Dresdner Volkszeitung

Verleger: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Sport monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.10 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1.20 M. Ausland 1.50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gehaltene Zeitspalt mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 107.

Dresden, Donnerstag den 10. Mai 1917.

28. Jahrg.

## Erweiterte Schlacht in Mazedonien. — Wahlrechtsfragen im Verfassungsausschuss.

### Die Einteilung der Reichstagswahlkreise. Weitere Steigerung des Artillerietampfes bei Uros. — Massenangriffe von Italienern, Franzosen und Russen im Cerna-Bogen unter schwersten feindlichen Verlusten abgeschlagen.

Von großer Wichtigkeit sind die Verhandlungen, die gestern im Verfassungsausschuss über die Frage der Einteilung der Reichstagswahlkreise stattfanden. Bei Gründung des Reiches war ursprünglich vorgesehen, daß auf je 100 000 Wähler ein Abgeordneter kommen sollte, und demgemäß ist auch die Wahlkreis-einteilung damals geschaffen worden. Seitdem ist eine starke Verdrößerung der Bevölkerung eingetreten; diese hat in den Städten und Industriebezirken sehr stark zugenommen, auf dem Lande aber hat sie sich nur wenig vermehrt oder sie ist gleich geblieben. Trotzdem ist die Reichstagswahlkreiseinteilung heute noch dieselbe wie bei der Gründung des Reiches. So kommt es, daß das gleiche Wahlrecht zu einem recht ungleichen geworden ist. Die Stimme des großstädtischen Arbeiters gilt tatsächlich viel weniger wie die eines ostelbischen Adersknechtes. Aus dem Verfassungsausschuss war davon die Rede, die Ermächtigung der Reichswahlkreise wenigstens dadurch zu vermindern, daß diesen Wahlkreisen einige Abgeordnete mehr gegeben werden. Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Remold, trat aber mit einem schönen Plan hervor, der darauf hinauskommt, dem heute gerade dem Sinne des Wahlgesetzes widerstrebenden Zustand zum Erlöschen zu bringen. Der Herr meint, daß die Bevölkerungsstärke kein richtiger Maßstab für die Wahlkreiseinteilung ist, sondern auch die Fläche berücksichtigt werden müsse. Ein Gedanken, den übrigens vor einigen Tagen der frühere Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, ebenfalls geäußert hat. Die Durchführung dieses Planes würde nicht eine Neuorientierung nach vornwärts, sondern eine Neuorientierung nach rückwärts bedeuten, gegen die Sozialdemokratie natürlich mit aller Energie strüben würde. Gerade die Erfahrungen des Krieges zeigen, wie wenig Verlässlichkeit wir haben, die Bevorzugung der Agrarier bei dem Reichstagswahlrecht zu verweigern, wie das durch die Verwirklichung des von Herrn Remold vertretenen Gedanken geschehen würde. Ueber die Verhandlungen des Verfassungsausschusses wird berichtet:

In der am Mittwoch fortgesetzten Debatte erklärte Abgeordneter Kappeler (Zentrum), daß er weder für eine allgemeine Umteilung der Wahlkreise noch für eine erhebliche Vermehrung der Mandate zu haben sei. Er schlägt dann vor, einige Wahlenwahlkreise zu vermindern, so z. B. das rheinisch-westfälische Industriegebiet als gemeinsamen Kreis zu betrachten und dort nach dem Prinzip zu wählen. Die Fortschrittler hatten ihren Antrag mittlerweile dahin abgeändert, daß sie verlangten, die Wahlkreise in denen der Proporz zur Anwendung gelangt, sollten ein zusammenhängendes Gebiet umfassen. Ein anderer Zentrumredner, Freilich, erklärte, daß ein Teil des Zentrums gegen die Änderung sei, schon deshalb, weil bei einer Vermehrung der Mandate der politische Einfluss Norddeutschlands gekürzt würde.

Abg. Hofmann-Rastbach trat in längeren Ausführungen für das Frauenwahlrecht ein. Die Angelegenheit der Neuorientierung sind das parlamentarische System und die Wahlrechtsfrage im Reich. Letzteres sei dem Reichstag bereits abgelehnt und in der letzten Woche voraussichtlich nicht herauskommen. Es liegt ihm, daß die bürgerlichen Parteien gegen ein wirklich freies Wahlrecht sind. Was den bisherigen Wahlkreisverteilung angeht, so ist es dem Reichstag bereits abgelehnt. Statt der erfüllten Hoffnungen sehe man vor der Frage Entschlossenheit.

Ministerialdirektor Remold machte dann Ausführungen, die zeigen, daß die ganze Einleitung der Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Mandate nicht anormal sei, so daß nur etwa 30 Wahlkreise vermindert werden müßten, die diese Zahl erheblich überschreiten. Die Regierung sei auch der Ansicht, daß diese Wahlenwahlkreise abgeändert werden müssen, daß aber bei einer Änderung auch die Bedeutung des Wahlgesetzes ins Auge gefaßt werden müsse. Die Reichsleitung sei längerer Zeit mit Vorparatungen zur Neuordnung der bestehenden Wahlkreiseinteilung beschäftigt. So hat sie u. a. auch bereits eine Studie über eine Wahlkreiseinteilung nach der Bodenfläche vorgenommen. Neben dieser Neuorientierung der Wahlkreiseinteilung nach der Bevölkerungszahl stehen auf diesen Punkt vier Abgeordnete, die nach der Bodenfläche sind. Wenn man diese beiden Gebiete miteinander und dann wieder teilt, käme man zu dem Ergebnis, daß diese vier Abgeordnete entfallen dürfte. — Abgeordneter Dr. David (Soz.) wendet sich dann gegen die Absichten, die aus der Erklärung Remolds herauszufallen haben. Das bedeutet direkt die Verdrößerung des Reichstages. Das bedeutet auch die Verdrößerung des Reichstages. Das bedeutet auch die Verdrößerung des Reichstages. Das bedeutet auch die Verdrößerung des Reichstages.

Ministerialdirektor Remold versucht die zuerst gegebene Erklärung etwas abzuweichen, und Abg. Müller-Reinigen verteidigt die Absichten gegen die ihnen gemachten Vorwürfe. Er bemerkt, daß, wenn der Proporz nicht für das ganze Reich zu erzielen sei, man mit der letzten Einföhrung sich zufrieden geben müsse. — In der weiteren Debatte trat noch Abg. Rebeur den Absichten Remolds entgegen und erklärte, daß seine Reaktion auf diesen Fall für die parlamentarische Resolution stimmen könne, denn die Forderung dieser Resolution gehe dahin, einsig und allein die

(W. I. K.) Milit. Großes Hauptquartier, den 10. Mai 1917.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Seereschlacht Kronprinz Rupprecht**  
Bei Uros ist der Artillerietampf in weiterer Steigerung begriffen. Unsere Geschütze werfen von Uros und Uros waren gestern das Ziel vergeblicher feindlicher Unternehmungen. Bremen blieb gegen erneute englische Angriffe ruhig in unserer Hand. Um den Besitz von Südeurot wagt der Feind hin und her.

**Seereschlacht deutscher Kronprinz**  
Zwischen Ostsee und Nordsee nahm die Seefechtsfähigkeit zeitweise wieder zu, hielt sich im allgemeinen aber in mäßigen Grenzen. Am Winterberg und bei St. Marie-Hr. östlich von Gornitz wurden mehrmals wiederholte französische Angriffe in erhöhtem Maßstab und durch Gegenhoch abgelehnt. Nordwestlich von Brest sind feindliche Teilversuche erfolglos.

**Seereschlacht Herzog Albrecht**  
In mehreren Abschnitten verliefen Unternehmungen unserer Aufklärungsabteilungen erfolgreich.

Neun feindliche Flugzeuge wurden durch Luftkampf, ein durch Abwehrfeuer zum Absturz gebracht.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Am der Kasjawa bei Begegnung und an der Bahn Tarnopol-Jozow lebte das Artillerie- und Minenfeuer zeitweise auf Sozialdemokratie zu benachteiligen. — Die Beratungen werden Donnerstag fortgesetzt.

### Eine Einigung über das Verhältniswahlrecht?

Wie im Reichstage verhandelt, haben nach einer Meldung des Berliner Tageblatts zur Lösung der Schwierigkeiten, die sich bei der Beratung der Wahlrechtsanträge im Verfassungsausschuss des Reichstages gezeigt haben, Besprechungen zwischen den Rationalisten, dem Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten stattgefunden, die bereits an einer Einigung über die Frage der Einführung der Verhältniswahl geführt haben sollen.

### Die Zustimmung des Bundesratsauschusses zur Politik des Kanzlers.

Die Bayerische Staatsregierung bringt über die Sitzung des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten folgende halbamtliche Meldung: Der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten trat gestern und heute unter dem Vorsitz des bayerischen Staatsministers Grafen v. Hertling zu Sitzungen zusammen, wie sie in regelmäßiger Wiederkehr beim Reichskanzler stattfinden. Die Verhandlungen führten zu einem Meinungsaustrausch, wobei die von v. Hertling auf eine baldige und glückliche Beendigung des Krieges getragenen Ausführungen des Kanzlers über die gesamte Lage und die zu befolgende Politik die einhellige Zustimmung der anwesenden bundesstaatlichen Minister fanden.

### Verwirrung in den Petersburger Maitagen

Der Stockholmer Korrespondent Dr. G. schildert die Zustände in Petersburg nach einem für neutrale Blätter in der russischen Hauptstadt arbeitenden Berichterstatter wie folgt: Bis 1. Mai konnte man wahren, das normale Leben in Petersburg würde wieder nach und nach in das normale Gleis kommen. Die Geschäftswelt gewann Vertrauen zur Regierung und zum Volk, das sich sehr ruhig und vernünftig benahm. Es fehlte nicht an Lebensmitteln, auch nicht an Geld. Nur die Munitionswerkstätten feierten kein Material. Je mehr Stundenlang. Denn sie hatten meist kein Material. Je mehr die Arbeiter dort fehlten, desto schneller konnten die Fabriken ihre Betriebe wieder eröffnen, die für Dinge des täglichen wirtschaftlichen Bedarfs arbeiten. Man hatte den Eindruck, als ob Petersburg den Schritt vom Krieg zum Frieden täte. Das trat mit dem 1. Mai das Verhängnis ein. In vielen Schul trägt die Regierung oder einige Minister. In vielen Hunderttausenden hatten sich Arbeiter und Bürger, Soldaten und Offiziere zu Märschen auf den Straßen und den Plätzen aufgestellt. Es ging anfangs alles in musterhafter Ordnung ab. Nirgends war eine Störung sichtbar, obwohl in jedem Zug, der sich nach dem Zarenpalast und von da entweder nach dem Marsfeld oder ins Freie hinaus bewegte. Angeordnet von verschiedenen Batterien eng aneinander standen und gingen. Die Prozession löste und die Zirkon

Am der Mazedonischen Front

wurde gestern die Schlacht mit größter Erbitterung fortgesetzt und übertrug in ihrer Heftigkeit alle bisherigen Kämpfe auf dem westlichen Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Monachir schickten feindliche Angriffe, die den Feind unserer Stellungen zum Ziel hatten. In Cerna-Bogen wurde morgens, nachmittags und abends durch hiesige Artillerie- und Minenfeuer vorbereitet, auf einer Front von 16 Kilometer durchgeführte Massenangriffe von Italienern, Franzosen und Russen unter schweren Verlusten für den Feind abgelehnt. Nordlich von Cerna in unsere Stellung eingedrungenen Verbänden wurden blutig zurückgeworfen. Die verbündete deutsche und bulgarische Infanterie hat in hartnäckigster Weise und erdrosselten Gegenstoß, unterstützt durch die sich allen Tagen schnell anwachsende Artillerie, ihre Stellung ruhig behauptet und sich glänzend gehalten.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

### Aus dem Verfassungsausschuss.

Wtl. Berlin, 9. Mai. Der Verfassungsausschuss des Reichstages nahm heute mit 16 gegen 9 Stimmen die föderalistische Entscheidung zur Frage des Reichstagswahlrechts in nachstehender abgeänderter Fassung an:

„Der Herr Reichskanzler zu eruchen, dem Reichstage alsbald einen Weisungsbefehl vorzulegen, der bestimmt, daß die zu einer allgemeinen neuen Festsetzung des Verhältnisses der Zahl der Abgeordneten die Wahlkreise mit beiderseitigen Verdrößerungsgewinn, die ein zusammenhängendes Gebiet umfassen müssen, eine entsprechende Vermehrung der Mandate unter Einführung der Verhältniswahl für diese erhalten.“

hatten ihre Freude an dem Sinn für Ordnung und Gerechtigkeit dieser Resolution, die sich freute wie Kinder, die von ihren Lehrern zu einem Ausflug geführt werden.

Aber dann ging das Reden los. Und da war es bald mit der Freude vorbei. Die Gruppe des Sozialistenführers Plechanow glaubte einen großen Fehlschlag tun zu können; sie stellte Redner für die bekannnten Kriegsziele des Herrn Plechanow auf die besten Plätze. Das Volk und die Soldaten aber unterbrachen sofort die Redner und das schöne Fest verlief unter allgemeinem Mißfallen. Der Abend war sehr unruhig. Auf den Straßen stritten sich die Parteien aufs heftigste. Die Verwirrung wuchs, und die Bürger fürchteten den Ausbruch neuer Wirren. Die Häuser wurden seitlich geschlossen. Und in den späten Abendstunden hörte man wieder die unangenehmen Schüsse, die so viel Nervosität erzeugt hatten. Man konnte sich's gar nicht erklären, was die Menge in Harnisch gebracht hatte. Es hieß, die Regierung plante einen Staatsstreich. In jenem Abend kamen viele Soldaten von der Front. Das Bild in den Straßen wurde außerordentlich belebt. Das Volk wußte sich das Erscheinen so zahlreicher Soldaten nicht zu erklären, es nahm an, daß die Reichsregierung eine Gegenrevolution plante und daher ihr keine Regimenter in die Hauptstadt gerufen habe. Die Verwirrung wurde am 2. Mai noch größer, als auf dem Bahnhof und vor dem Zarenpalast blutige Schlägereien zwischen den alten und den neuen Truppen vorkamen. Das Volk hielt die „Neuen“ für Verräter an der großen Sache und ergriß Partei zugunsten der alten Truppen und gegen die Regierung. Der Soldaten- und Arbeiterrat sollte einschreiten. Aber man wandte sich ein Regiment, wenn ich nicht irre, war es das Preobraslenski-Regiment, gegen die Abordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Wahlengewehre traten vor dem Zarenpalast in Aktion, und einige Dubend Soldaten und Märsche mögen schwer verwundet oder getötet worden sein.

Keiner vernahmte am Abend des 2. Mai eigentlich zu sagen, was der Kernpunkt der Streitigkeiten gewesen war. Es stellte sich später heraus, daß die Regierung die „neuen“ Truppen gar nicht nach der Hauptstadt rufen hatte. Plechanow behauptete dies öffentlich und durch ihre Organe Renzki, Ljebidze und Zofobezin. Um die Wirren nicht zu erhöhen, gab Rilyukow abermals eine Erklärung dahin ab, daß er „Krieg bis ans Ende“ führen wolle, was die Masse mit Empörung erfüllte. Mit einem Schläge war die Lage am Abend des 2. Mai wieder außerordentlich gefährlich geworden. Die Läden wurden schon am frühen Nachmittag geschlossen, die Bürger waren zu einem erheblichen Teil in ihre Häuser geflüchtet, und alles wartete voll Angst auf den Ausbruch einer neuen Revolution. Es herrschte ein wildes Durcheinander der Meinungen. Niemand wußte bald mehr, was der Soldaten- und Arbeiterrat und was die Regierung wollte. Am Morgen waren Gerüchte verbreitet worden, die Deutschen hätten einen Angriff auf Petersburg vor, am Abend schloßen Soldaten gegen einander. Dazu hieß es, die Engländer würden Truppen nach Petersburg schicken, um Rilyukow zu unterstützen. Man kann sich vorstellen, wie welchen Verwirrungen die Menge der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensteht.